

Pressekonferenz der Österreichischen Universitätenkonferenz (uniko) am 19. Jänner 2021

Gesprächspartnerin:

Sabine Seidler, Präsidentin der uniko, Rektorin der Technischen Universität Wien

Thema:

Perspektiven der Universitäten im zweiten Jahr der Pandemie

Zehn Monate nach Verhängung des ersten Lockdowns im Zuge der COVID-19-Pandemie trotzen **Österreichs Universitäten** nach wie vor den Corona-bedingten Einschränkungen des Lehr- und Forschungsbetriebs. Sie sind auch für das Sommersemester 2021 gerüstet, sollte das öffentliche Leben in den kommenden Monaten weiter eingeschränkt bleiben.

Corona-Impfungen. Die Angehörigen der Universitäten stellen allerdings fest, dass sie – im Gegensatz zu den Schulen – in der Frage, welche Einrichtungen vorrangig für Impfungen vorgesehen sind, von der Politik nicht erwähnt werden. „Wir drängen uns sicher nicht vor, aber es besteht Konsens in den Rektoraten darüber, dass die Universitäten nicht an letzter Stelle gereiht werden dürfen“, erklärt dazu **Präsidentin Seidler**. Bis zum Beginn der Impfungen müssen auch für die Universitäten angemessene Testmöglichkeiten zur Verfügung gestellt werden, um eine schnellere Rückkehr von der Online- in die Präsenzlehre zu ermöglichen.

Leistungsvereinbarungen. Nachdem im Oktober 2020 das Budget für die Leistungsvereinbarungsperiode 2022-24 vereinbart worden ist, geht es in diesem Jahr um die Mittelverteilung. Aktuell bereiten die Universitäten ihre Entwürfe vor, die bis 30.4. von den Universitätsräten genehmigt und im BMBWF eingereicht werden müssen. Verhandelt wird letztendlich im 4. Quartal.

Universitätsgesetz. Die Novelle zum Universitätsgesetz (UG) 2002, dessen Begutachtungsfrist Ende vergangener Woche abgelaufen ist, wird von der **uniko** differenziert beurteilt: Im Entwurf werden eine Reihe von Gesichtspunkten aufgegriffen, die seitens der Universitäten schon seit mehreren Jahren in die Diskussion eingebracht wurden. Dazu zählen vor allem Maßnahmen im Bereich des **Studienrechts**, die darauf abzielen, verbesserte Rahmenbedingungen für das Studium und gleichzeitig eine erhöhte Verbindlichkeit zu schaffen, mit der das Studium seitens der Studierenden betrieben wird – wie etwa die Mindeststudienleistung auf der einen Seite, mehr ECTS-Gerechtigkeit und bessere Anerkennungsmöglichkeiten auf der anderen.

Eine zehnjährige Sperre als Konsequenz bei Nichterbringung der vorgesehenen Mindeststudienleistung wird als zu lange und im Hinblick auf die Gestaltung der individuellen Bildungswege von Studierenden als zu einschränkend angesehen. Die Sperre bis zur neuerlichen Zulassung soll auf zwei Jahre herabgesetzt werden. Vorhaben, wie die Einschränkung der Rolle des Senats beim Verfahren der ersten Wiederbestellung der Rektorin / des Rektors werden allerdings abgelehnt: „Die Legitimation des Rektorats muss sowohl im Senat als auch im Universitätsrat auf denselben Mehrheitsverhältnissen begründet sein, um die ausgewogene Stellung beider Gremien in der Entscheidungsfindung zu garantieren.“

Menschenrechte. Die **uniko** nimmt die heutige Protestaktion von SOS Mitmensch gegen die „Politik der Kälte gegenüber Geflüchteten“ zum Anlass, um nochmals auf die humanitären Missstände an den Rändern Europas hinzuweisen. „Wir sind hier keine Trittbrettfahrer, sondern haben uns dazu bereits im Oktober mit einem Positionspapier und einer Aussendung zur Lage der Geflüchteten auf Lesbos öffentlich zu Wort gemeldet“, betont Präsidentin Seidler. Diese und andere Wortmeldungen aus den Rektoraten im Dezember blieben bisher ohne Resonanz seitens der Politik. Da die Situation vor allem auf den griechischen Inseln dramatischer geworden ist, will die uniko die Bundesregierung nochmals an die unhaltbaren Zustände erinnern und zu einer Kursänderung ermutigen. Seidler weist zudem auf die vor mehr als fünf Jahren von der uniko ins Leben gerufene MORE-Initiative hin, die Asylwerberinnen und -werbern sowie Asylberechtigten ermöglicht, Kurse, Vorlesungen und künstlerische Studienangebote an österreichischen Universitäten zu besuchen.